

## TAGESTHEMA

Arbeitsmarktexperten fordern, Bundesländer in die Pflicht zu nehmen

## Geldstrafe für miese Schulpolitik

170 000 Jugendliche sind pro Jahr wegen mangelhafter Lern-Leistungen für eine Berufsausbildung nicht geeignet.

VON GÜNTHER M. WIEDEMANN

**Köln** - Der Befund ist erschreckend: „Die Hälfte bis drei Viertel der deutschen Hauptschüler verlassen die Schule ohne ausreichende berufliche, gesellschaftliche und kulturelle Handlungsfähigkeit.“ Etwa 20 Prozent aller 15-Jährigen „beherrschen in Lesen und Rechnen lediglich die erste Kompetenzstufe“ oder liegen noch darunter, kommen also „nicht über das Niveau eines zehnjährigen Grundschulers hinaus“. Das sind Jahr für Jahr etwa 170 000 Schulabgänger mit nur „rudimentären Leistungen, die nicht zur Aufnahme einer beruflichen Bildung befähigen.“

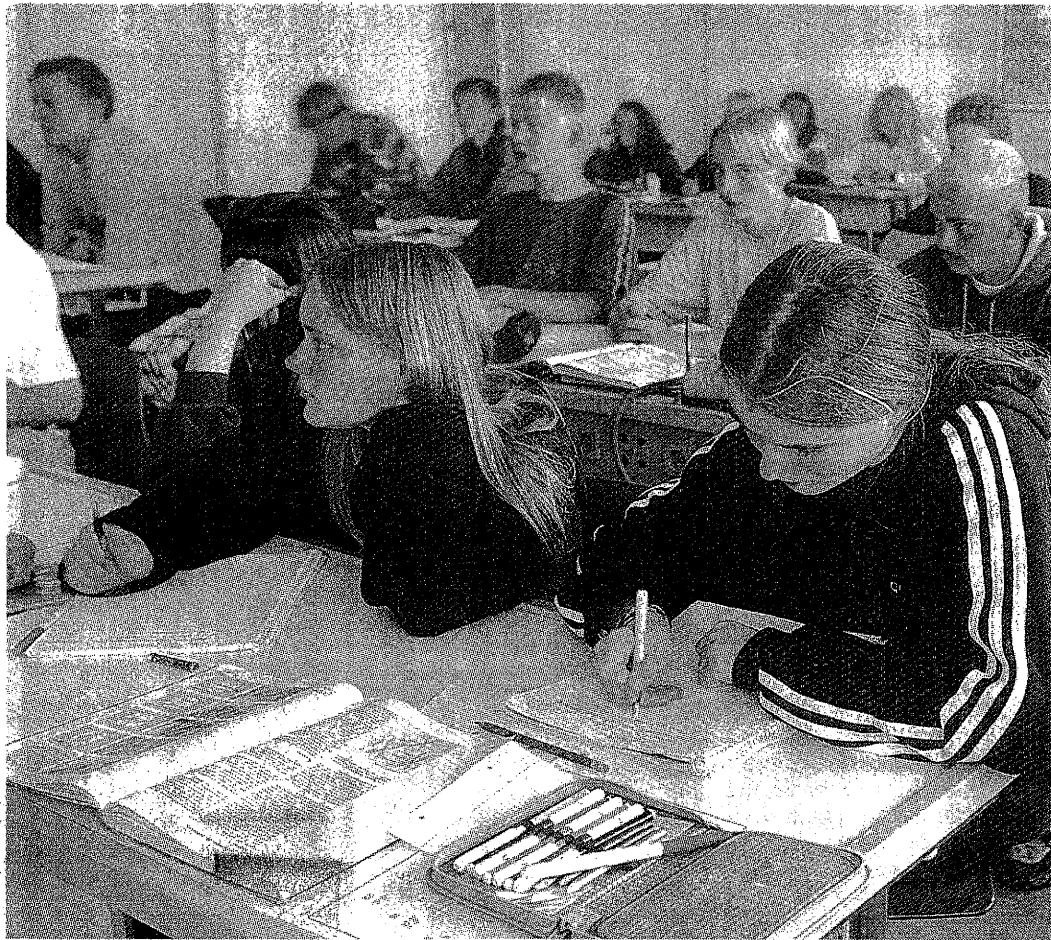
Zu dieser erschreckenden Bilanz deutscher Bildungspolitik kommen aufgrund von Pisa-Studien und anderen Vergleichstests Arbeitsmarktexperten um den früheren Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Bernhard Jagoda, und den ehemaligen langjährigen BAVorstandsvorsitzenden Josef Siegers. Ihr Memorandum „Bildungsarme Jugendliche: Auf dem Weg in die lebenslange Hilfsbedürftigkeit?“, das dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vorliegt, deckt sich weitgehend mit den Sorgen, die die Partner am Ausbildungskonsens der Bundesregierung jetzt in vertraulichen Papieren zur Lehrstellenbilanz des Jahres 2008 formuliert haben.

Die Gruppe um Jagoda und Siegers, zu der auch die früheren Chefs der Landesarbeitsämter NRW und Bayern gehören, Karsten Koppe und Richard Wanka, legt aber nicht nur schonungslos den Finger in die offene Wunde bundesdeutscher Schulpolitik; sie klagt nicht nur an, sondern zeigt auch Wege auf, wie sich diese Wunde schließen lässt. Da sie als Personen im Un-Ruhestand frei sind von Zwängen der Parteipolitik oder der Verbandsinteressen, sind ihre Vorschläge unkonventionell. So hat ihre „Schule von morgen“ mit dem heutigen Schulalltag wenig gemein.

### Enorme Folgekosten

Eine der markantesten Forderungen ist diese: Für Schüler, die nicht erfolgreich zum Abschluss der Sekundarstufe I geführt werden, sollen die Bundesländer eine Strafe zahlen. Die Länder sollen die „Reparaturkosten“ tragen, die unter anderem dadurch entstehen, dass die Arbeitsverwaltung Schulabgänger fit machen muss für eine Ausbildung (drei Milliarden Euro pro Jahr).

Zu gesellschaftlichen Folgekosten unzureichend qualifizierter Schüler zählt diese Gruppe, die man als „Rat der Weisen“ in der Arbeitsmarktpolitik bezeichnen kann, die Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Die Autoren analysieren zutreffend, dass die beruflichen Perspektiven dieser Jugendlichen „äußerst schlecht sind“. Millionen einfacher Arbeitsplätze für Geringqualifizierte sind weggefallen. Der Zuzug bil-



„Schülerpotenziale nicht ungenutzt lassen“ lautet die Botschaft der Arbeitsmarktexperten.

BILD: CARO

liger Arbeitskräfte aus dem Ausland wird die Arbeitsschancen dieser „Risiko-Schüler“ noch weiter einengen.

Zu diesen Jugendlichen zählt das Memorandum nicht nur Hauptschüler mit unzureichenden Kenntnissen, sondern auch Absolventen der Förderschulen, die früher Sonderschulen hießen. „Ein Großteil dieser Jugendlichen wird also vorübergehend oder dauerhaft auf Transferleistungen angewiesen sein. Sie werden die sozialen Sicherungssysteme nicht stützen, sondern belasten.“ Deutschland könne es sich aber aufgrund der demographischen Veränderungen „nicht leisten, die in diesen Jugendlichen schlummern Potenziale ungenutzt zu lassen“.

„Es muss gleichzeitig an vielen Stellschrauben gedreht werden“, meint die Gruppe, um „eine gezielte, systematische und nachhaltige Förderung der Risiko-Schüler zu erreichen.“ Eine neue Förderkultur“ ist „nur mit neuen Ansätzen zu erreichen.“ Darum soll sich eine „Task

Force“ der Kultusminister kümmern. „Der Ruf nach mehr Lehrern greift zu kurz.“ Zur Bewältigung der Probleme dieser Schüler werden Psychologen, Sozialarbeiter und Gesundheitsexperten eingefordert. „Das Personal-Tableau der »Schule von morgen« wird und muss bunter gestaltet sein als das schlichte Lehrer-Schüler-Bild der heutigen Schulen.“

Für die „Risiko-Schüler“ verlangen die Autoren einen ganz anderen Schulalltag, nämlich „neue Lernzonen an Nachmittagen und Samstagen sowie in den Schulferien“. Das zwingt die Schulen zu einer „bislang nicht gekannten Flexibilität des Personaleinsatzes.“ „Der bisher kaum hinterfragte Grundsatz, dass Lehrer nur während ihrer tatsächlichen Unterrichtszeit präsent sein müssen, ist dann nicht mehr zu halten.“ Dass es „noch schwieriger“ sein dürfte, „Risiko-Schüler“ und ihre Eltern von den neuen Lernzonen zu überzeugen, räumt die Gruppe ein.

### „Der Meister der Zukunft ist ein Türke“

**Jugendliche** mit Migrationshintergrund haben häufiger keinen Berufsabschluss als ihre deutschen Alterskollegen, beklagte jetzt Maria Böhmer (CDU), Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, bei der Vorlage der Lehrstellenbilanz 2008. Oft liegt dies auch daran, dass sie die Schule mit nicht ausreichenden Kenntnissen verlassen. Um die Kinder und auch schon Enkel der als Gastarbeiter nach Deutschland gekommenen Arbeitnehmer will sich die Wirtschaft künftig stärker kümmern, verspricht Handwerkspräsident Otto Kentzler.

**Nicht aus purer Wohltätigkeit,** sondern aus ganz verständlichem Eigeninteresse. Die Bevölkerung schrumpft, aber der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund steigt. Dachdeckermeister Kentzler kommt deshalb zu dem Schluss: „Der Meister der Zukunft ist ein Türke.“ Hinter diesem Slogan steckt diese Erkenntnis: Um in naher Zukunft noch ausreichend qualifizierte Facharbeiter zu haben, ist das Handwerk, ist die Wirtschaft insgesamt, auf die türkisch-, griechisch- oder russischstämmige Jugendliche angewiesen. (gmv)

Ihr Eintreten für ein „zweigliedriges Schulsystem mit Gymnasium und einer Art Mittelschule“ wird der NRW-CDU gar nicht gefallen. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und seine Schulministerin Barbara Sommer wollen an der Hauptschule als eigenständiger Schulform festhalten. Jagoda und seine Mitstreiter meinen jedoch, wenn wie an den meisten Hauptschulen der Anteil der Risiko-Schüler auf über 50 Prozent steige, sei dies nicht hinnehmbar. Der demographisch bedingte Schülerschwund stelle ohnehin mangels Masse das mehrgliedrige Schulsystem in Frage.

### Unter Durchschnitt

Veränderungen sind nicht ohne zusätzliches Geld zu erreichen. Wenn die Kulturhoheit exklusiv bei den Ländern liegt, müssen sie dafür auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, heißt es in dem Papier. Mit 5,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt Deutschland unter dem OECD-Durchschnitt.

Jugendliche mit Migrationshintergrund bilden eine Gruppe unter den Risiko-Schülern. Sie sind auf die einzelnen Bundesländer recht unterschiedlich verteilt. NRW beispielsweise hat weitaus mehr Einwohner mit einer Zuwanderungsgeschichte als etwa Niedersachsen. Schulen zwischen Rhein und Ruhr haben deshalb ganz andere Probleme zu bewältigen. Die Autoren regen deshalb an, dass Länder mit einem hohen Migrationsanteil Ausgleichszahlungen anderer Länder bekommen sollen. Das könne dann wie beim Risikostrukturausgleich in der gesetzlichen Krankenkasse ablaufen oder zumindest ein Faktor sein beim Länderfinanzausgleich.